

Niederschrift über die Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg am 18.11.2010

Tagungsort: Sitzungssaal des Bürgerzentrums "Amt Dornberg",
Wertherstraße 436

Beginn: 17:00 Uhr

Sitzungspause:

Ende: 21:00 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Herr Hermann Berenbrinker

CDU

Frau Petra Brinkmann

Herr Normann Graeser

Herr Michael Heimen

Herr Wilhelm Kleinesdar

SPD

Herr Gerd Gieselmann

Frau Inge Selle

Herr Jörg Sensenschmidt

Frau Frauke Viehmeister

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Harald Haemisch

Herr Paul John

Herr Heiko Steinkühler

BfB

Frau Mareile Hempelmann

FDP

Herr Sascha Furch

Parteilose Mitglieder

Herr Robin Fermann

Nicht anwesend:

Zu Punkt

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Herr Berenbrinker begrüßt die Mitglieder der Bezirksvertretung Dornberg sowie die zahlreich erschienenen Bürgerinnen und Bürger und stellt die form- und fristgerechte Einladung vom 10.11.2010 zur 15. Sitzung der Bezirksvertretung, sowie deren Beschlussfähigkeit fest.

Herr Berenbrinker gratuliert Frau Brinkmann zu ihrem Geburtstag am 07.11.2010.

Weiterhin verweist Herr Berenbrinker auf den Antrag der BfB-Fraktion hinsichtlich der Dornberger Mufflonherde. Zu diesem TOP seien Herr Wülfing vom Regionalforstamt, Herr Klasing von der Klasingsch'en Familienstiftung, Herr Kley für die untere Jagdbehörde sowie Herr Brekenkamp vom Tierpark Olderdissen zur Abgabe einer Stellungnahme eingeladen worden und Herr Berenbrinker bittet vorab um Erteilung eines Rederechts.

Die Mitglieder der Bezirksvertretung fassen daraufhin folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Dornberg erteilt Herrn Klasing, Herrn Wülfing, Herrn Brekenkamp sowie Herrn Kley zu TOP 5.1 ein Rederecht zur Abgabe einer Stellungnahme.

- einstimmig beschlossen –

Herr Berenbrinker teilt mit, dass von Herrn Robin Fermann ein Antrag auf Behandlung eines TOP aus dem nichtöffentlichen Teil im öffentlichen Teil vorliege. Für die Beratung des Antrages sei die Nichtöffentlichkeit herzustellen und Herr Berenbrinker bittet alle Anwesenden den Sitzungssaal zu verlassen.

Die Protokollierung der Inhalte der Beratung erfolgt unter TOP – Vor Eintritt in die Tagesordnung - des nichtöffentlichen Teils.

Dem Antrag wurde nach Beratung nicht stattgegeben.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit bittet Herr Berenbrinker Herrn Georg Fortmeier nach vorne und dankt ihm für seine seit dem 01.10.1994 geleistete Arbeit in der Bezirksvertretung Dornberg. Durch seine sachliche und konstruktive Art habe er die Arbeit und das Miteinander in der Bezirksvertretung entscheidend mit geprägt. Als Zeichen des Dankes und der Anerkennung überreicht Herr Berenbrinker Herrn Fortmeier die goldene Münze der Stadt Bielefeld sowie eine von Herrn Oberbürgermeister Pit Clausen unterschriebene Urkunde.

Zu Punkt 1

Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Dornberg

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Verlängerung der Tempo-30-Zone

Herr Ralf Wöhrmann, Kirchdornberger Str. 79, führt aus, dass er an der Kirchdornberger Str. einen kleinen Reiterhof und ein Bauerngärtchen betreibe. Die Geschwindigkeit des fahrenden Verkehrs sei sehr hoch und er bitte eindringlich darum, auch vor dem Hintergrund der vielen Kinder, die täglich seinen Betrieb besuchten, die Tempo-30-Zone vom Kreuzkrug bis zur Querung der Grundschule zu verlängern.

Herr Berenbrinker verweist auf den von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorliegenden Antrag mit gleichem Inhalt und die hieraus resultierende Behandlung der Einwohnerfrage unter TOP 5.2.

Dämmung der Außenfassade des Bürgerzentrums

Frau Steinborn beantwortet die Frage von Herrn Buchner aus der Sitzung vom 30.09.2010 hinsichtlich der Dämmung der Außenfassade am Bürgerzentrum „Amt Dornberg“. Hier habe der Immobilienservicebetrieb mitgeteilt, dass im Zuge der Sanierungsarbeiten das Bürgerzentrum 2007/08 umgebaut und modernisiert und das gesamte Gebäude aufwändig umstrukturiert und teilweise behindertengerecht umgebaut worden sei. Die Maßnahmen seien umfangreicher umgesetzt worden als anfänglich geplant, bzw. seien weitere Maßnahmen hinzugekommen (z.B. der Einbau eines Aufzuges). Das Budget für diesen Umbau sei komplett verwendet worden und aufgrund der aktuellen Finanzlage der Stadt Bielefeld sei eine Aufstockung nicht möglich.

Hof Hallau

Frau Steinborn führt weiterhin aus, dass folgende schriftliche Einwohnerfrage von Herrn Buchner, Schmargendorfer Straße 4, eingegangen sei:

1. *Das Erscheinungsbild des „Hof Hallau“ sowie die dazugehörigen Außenbereiche ist äußerst negativ. In der Scheune sind Fahrzeuge ohne Kennzeichen, sowie ein Wohnmobil mit Kennzeichen abgestellt. Diese wird zum Teil als „Garage“ und als Lagerstätte für ausrangierte Gegenstände genutzt. Im Linken Teil der Scheune befindet sich ein Atelier für Bildhauerei und Malerei.*

- Wie sieht die weitere Zukunft des „Hof Hallau“ aus der Sicht des Immobilienservicebetriebes (ISB) aus?*
- Werden die Gebäude vom ISB demnächst saniert oder ist ein Verkauf vorgesehen?*
- Welche Vorstellung hat die Bezirksvertretung Dornberg hinsichtlich der Nutzung des „Hof Hallau“?*

2. *In der Sitzung vom 10.08.2006 beschloss die Bezirksvertretung*

Dornberg, dass über den Zehlendorfer Damm/Einmündung Weißensee eine Fußgängerüberquerung in Richtung Kreuzberger Straße gebaut werden soll, was auch zur Belebung des Einkaufszentrums „Lohmannshof“ aus dem Neubaugebiet „Hof Hallau“ führen würde. Diese Baumaßnahme wurde bisher nicht durchgeführt, weil mehrere Geschäfte im Einkaufszentrum aufgaben. Anfang Oktober diesen Jahres öffnete der Penny-Markt und Anfang November die Bäckerei Brunshus. Aus diesem Grund sollte die Fußgängerüberquerung jetzt zügig umgesetzt werden.

Wie ist der derzeitige Sachstand?

Frau Steinborn macht hierzu folgende Ausführungen:

Zu 1.)

Der Immobilienservicebetrieb teilt mit, dass für das Haupthaus ein Wohnraummietvertrag von 1994 bestünde, der auch die Nutzung der Scheune mit beinhaltet. Das Nebengebäude sei seit 2004 gewerblich vermietet. Der Zustand der Gebäude sei dem ISB bekannt, eine Sanierung sei jedoch aufgrund der finanziellen Haushaltslage der Stadt Bielefeld in absehbarer Zeit nicht möglich. Die zur gebrauchsfähigen Erhaltung der Mietsache notwendigen Instandhaltungen würden jedoch durchgeführt. Eine Vermarktung käme nicht in Betracht, solange der rechtsverbindliche Bebauungsplan für dieses Grundstück eine Gemeindebedarfsfläche (Begegnungsstätte) ausweise.

Zu 2.)

Die Bezirksvertretung Dornberg habe am 10.08.2006 den Beschluss gefasst, dass die Stadtwerke / moBiel GmbH gebeten werde, eine weitere Fußgängerquerung zwischen der Haltestelle Wellensiek und Lohmannshof in Höhe des Weißenseeweges herzustellen. Der UStA habe den Beschluss in seiner Sitzung am 14.11.2006 mit dem Auftrag ergänzt die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Querung zu schaffen. Das Amt für Verkehr teile mit, dass in der Vergangenheit moBiel bereits deutlich gemacht habe, dass sie die Kosten für Planung und Umbau einer solchen Anlage nicht übernehmen könne. Aufgrund der aktuellen Haushaltslage könne die Stadt Bielefeld diese Kosten derzeit jedoch ebenfalls nicht übernehmen. Die Prüfung hinsichtlich der Übernahme der Planungskosten ab Ausführungsplanung sowie der Baukosten durch die BBVG befände sich derzeit im Verfahren. Weiterhin würde die gewünschte Querungsstelle seitens der technischen Aufsichtsbehörde, welche die Maßnahme in einem möglichen weiteren Verfahren genehmigen müsse, grundsätzlich aus Sicherheitsgründen sehr kritisch gesehen. Aus Sicht der technischen Aufsichtsbehörde solle dementsprechend eher die Zusammenlegung und damit die Reduzierung von höhengleichen Überwegen angestrebt werden.

Zu Punkt 2

Genehmigung von Niederschriften - öffentlicher Teil -

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

-.-.-

Zu Punkt 2.1

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 11. Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg am 09.09.2010

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Frau Brinkmann macht darauf aufmerksam, dass es in dem Protokoll der Sitzung, Seite 4, Punkt 2, 2. Absatz nicht Sandra Möllmann, sondern Alexandra Möllmann heißen müsse.

Weiterhin beträfe auf Seite 24, im letzten Absatz die Sanierung nicht das Freibad Dornberg, sondern das Freibad Schröttinghausen.

Diese Einträge seien zu korrigieren.

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg am 09.09.2010 wird unter Berücksichtigung der Anmerkungen von Frau Brinkmann nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

- einstimmig beschlossen -

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2.2

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 12. Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg am 22.09.2010

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg am 22.09.2010 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

- einstimmig beschlossen -
- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2.3

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 13. Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg am 30.09.2010

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg am 30.09.2010 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2.4

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 14. Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg am 08.11.2010

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg am 08.11.2010 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

- einstimmig beschlossen -
- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 3

Mitteilungen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Frau Steinborn macht folgende Mitteilungen:

Fuß-/Radweg Zehlendorfer Damm

Herr Buchner habe den Umweltbetrieb mit Schreiben vom 22.10.2010 darauf aufmerksam gemacht, dass der Splitt auf dem Fuß-/Radweg des Zehlendorfer Damm durch bremsende Radfahrer großflächig verteilt werde und habe eine Pflasterung vorgeschlagen. Der Umweltbetrieb teilte daraufhin mit Schreiben vom 03.11.2010 mit, dass hier die Entfernung des Splitts geplant sei und die Fläche durch das Aufbringen von Olith ersetzt werde. Hierdurch erhalte der Weg eine wassergebundene Oberfläche, die mit den bereits vorhandenen Wegeverbindungen vergleichbar sei.

Hochschulcampus Nord

Der Erschließungs- und Folgekostenvertrag Hochschulcampus Nord sei am 29.09.2010 unterzeichnet und wirksam geworden. Hierdurch sei die öffentliche Erschließung der Grundstücke bzw. der Bauvorhaben gesichert.

Ortsdurchfahrten an Kreisstraßen

Beim Amt für Verkehr sei angeregt worden, aus fiskalischen Überlegungen Kreisstraßen und Ortsdurchfahrten im Stadtgebiet zu ändern bzw. neue Ortsdurchfahrten festzusetzen. Im Rahmen dieser Überlegungen sei die Kreisstraße 21 – Deppendorfer Straße –, welche ausgehend von der L785 – Wertherstraße – bis zur Ortslage Deppendorf als „freie Strecke“ festgesetzt sei, überprüft worden. Nach Prüfung der Örtlichkeit würde keine Veranlassung gesehen den Bereich zwischen Wertherstraße und Vulsiekshof als Ortsdurchfahrt festzusetzen.

Durchlass Wittlersweg / Babenhauser Bach

Bei dem o.g. Durchlass habe es nach den extremen Regenfällen eine Verstopfung gegeben. Hierdurch habe sich der Babenhauser Bach gestaut und angrenzende Wanderwege überflutet. Die Verstopfungen seien durch die Unterhaltungskolonnen des Umweltbetriebes beseitigt und die ausgespülten Böschungen wieder hergestellt worden. Ab 2011 stünden Planungen zur Erneuerung des Durchlasses an. Hierbei sei noch unklar, ob ein Durchlass oder eine Fußgängerbrücke gebaut werden solle. Nach Erstellung der Ausführungsplanung erfolge eine Information an die Bezirksvertretung.

Die Stellungnahme inkl. Luftbild, Fotos und Stadtplan wurden vor der Sitzung als Tischvorlage verteilt.

Regelmäßige Besprechung zwischen dem Landesbetrieb Straßenbau NRW und der Stadt Bielefeld

Im Rahmen der regelmäßigen Besprechung zwischen dem Landesbetrieb Straßenbau NRW und der Stadt Bielefeld habe die Verwaltung angefragt, ob der vorhandene – nur max. 1,50 m breite – Geh- und Radweg zwischen Hainteichstraße und Feuerwache evtl. im Zuge einer Deckensanierung der Fahrbahn verbreitert werden könne. Die Stadt habe die Dringlichkeit der Maßnahme dadurch begründet, dass es sich um eine Haupttradrouten handele und durch die Uni-Erweiterung eine verstärkte

Nutzung zu erwarten sei. Der Landesbetrieb habe die Überprüfung zugesagt.

Tag des Ehrenamtes

Herr Berenbrinker verweist auf den Tag des Ehrenamtes am 08.12.2010.

Eröffnung des Einkaufszentrums Lohmannshof

Herr Berenbrinker teilt mit, dass bei der Eröffnung des Einkaufszentrums Lohmannshof eine Befragung der Kundinnen und Kunden nach weiteren wünschenswerten Geschäften in diesem Bereich durchgeführt worden sei. Hierzu sei ihm eine Unterschriftenliste von 121 Bürgerinnen und Bürgern überreicht worden, welche die Unterstützung durch die gewählten Mitglieder der Bezirksvertretung zur Belegung des Einkaufszentrums Lohmannshof wünschten. Herr Berenbrinker habe diese Unterstützung wie bereits in der Vergangenheit zugesagt.

Markierung an der Ampelanlage an der Babenhauser Straße

Herr Steinkühler weist darauf hin, dass die Haltelinie an der Wertherstraße/Babenhauser Straße nach der Erneuerung des Fahrbahnbelages nicht wieder aufgebracht wurde. Auch sei das Schild mit dem Hinweis „Bei rot hier halten“ nicht mehr angebracht. Die fehlende Haltelinie würde zu Störungen führen, da die Autos in den Kreuzungsbereich einführen. Frau Steinborn erklärte darauf hin, dass diese Markierungen generell nach Aussage des Amtes für Verkehr nicht wieder angebracht würden. Herr Steinkühler erklärt darauf, dass aber zumindest das Schild wieder angebracht werden müsse. Frau Steinborn erklärt, dass eine genaue Begründung sowie eine Aussage zu dem Hinweisschild in der nächsten Sitzung erfolge.

Briefkasten in Kirhdornberg

Frau Brinkmann führt an, dass der Briefkasten in Kirhdornberg nach der Renovierung des Hauses Am Petersberg 7 nicht wieder angebracht worden sei und fragt nach, ob der Verbleib des Briefkastens geregelt würde. Frau Steinborn erläutert darauf hin, dass hier ein Kontakt zwischen der Post und dem Amt für Verkehr bestanden habe und die Anbringung des Postkastens in Kirhdornberg geregelt sei. Der genaue Standort werde in der nächsten Sitzung bekannt gegeben.

...

Zu Punkt 4

Anfragen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Zu Punkt 4.1

Maßnahmen an der Grundschule Dornberg zur Verbesserung der Bedingungen und Räumlichkeiten im Rahmen der OGS

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1684/2009-2014

Herr Berenbrinker verliest die Anfrage der CDU-Fraktion vom 04.11.2010:

Die Verwaltung wird um Auskunft gebeten, wann und in welcher Form Maßnahmen an der Grundschule Dornberg durchgeführt werden, die zur sofortigen Verbesserung der Räumlichkeiten für die OGS-Kinder, des Lehrerkollegiums und der Rahmenbedingungen für die Mittagsverpflegung führen.

Frau Steinborn verliest die Antwort des Amtes für Schule vom 11.11.2010

Die Grundschule Dornberg ist eine von insgesamt 22 Bielefelder Grundschulen, in denen aufgrund erheblich gestiegener Anmelde- bzw. Teilnehmerzahlen der OGS die seinerzeit mit IZBB-Fördermitteln geschaffenen Räume und/oder die Mensakapazität nicht mehr ausreichen. Das IZBB-Förderprogramm ist beendet und alle erforderlichen Optimierungsmaßnahmen müssen jetzt aus Haushaltsmitteln bzw. aus der Bildungspauschale finanziert werden. Die Haushaltssituation zwingt zu äußerster Sparsamkeit und zu strenger Erforderlichkeitsprüfung aller von den Schulen angemeldeten Bedarfe.

Trotz dieser schwierigen Situation ist es in den Jahren 2009 und 2010 gelungen, die Finanzierung von Verbesserungsmaßnahmen an 11 OGS im Umfang von rd. 808 T€ zu sichern. Davon entfallen allerdings allein 600 T€ auf eine bauliche Erweiterung der Mensa der Stieghorstschule, deren Bedarf bereits seit 2007 anerkannt ist und die in 2011 zur Ausführung kommen soll.

Für die Grundschule Dornberg wurde im Doppelhaushalt 2010/11 bei Pos. 110301010082 ein Betrag von 30 T€ eingeplant, der aus der Bildungspauschale gedeckt ist. Mit diesem Betrag sollen an der Grundschule Dornberg kleinere Maßnahmen finanziert werden, durch die die Situation der OGS verbessert werden kann.

So konnte im Jahr 2010 z.B. das frei gewordene Hausmeisterwohngebäude für untergeordnete Verwaltungszwecke der Schule sowie den Hausmeister bereit gestellt werden. Im Schulgebäude selbst wurde das Lehrerzimmer in einen anderen Raum verlagert, das bisherige Lehrerzimmer als Musikraum hergerichtet und der ehemalige Musikraum für die OGS-Nutzung zur Verfügung gestellt. Diese Nutzungsänderungen wurden von der Schulleitung vorgeschlagen, so dass eine Optimierung der Raumsituation für das Lehrerkollegium bei der gegebenen Schülerzahl aus Sicht der Verwaltung nicht erforderlich ist. Im Falle steigender Schüler- und somit auch Lehrerzahlen muss der Raumbedarf für das Lehrerzimmer ggfls. neu berechnet werden.

Die hohe OGS-Teilnehmerzahl bedingt, dass in der Mensa im Schichtbe-

trieb gegessen werden muss. Im gleichen Raum erfolgt Warmhaltung des Essens, Essenausgabe und Geschirrrückgabe/-reinigung. Die Ablauforganisation und die Geräteausstattung in der Mensa werden kurzfristig von uns überprüft und Verbesserungsmöglichkeiten und deren Kosten geklärt. Aktuell ist nicht absehbar, welche Kosten entstehen und ob die verfügbaren Mittel im Jahr 2011 ausreichen werden, um die erforderlichen Maßnahmen zu realisieren.

Eine bauliche Erweiterung der Mensa ist erforderlich, wenn die OGS-Teilnehmerzahlen der Grundschule Dornberg weiter steigen. Im Haushalt 2010/11 sind dafür keine Mittel veranschlagt, weil die Bildungspauschale für diesen Zeitraum aufgrund von Fachausschuss- und Ratsentscheidungen vollständig für zeitlich oder sachlich vordringlichere Maßnahmen verplant ist. Handlungsspielraum besteht frühestens für den Haushalt 2012.

Frau Brinkmann erklärt sich mit dem Inhalt der Antwort in keiner Weise einverstanden und führt aus, dass die Örtlichkeit für die so bezeichnete Mensa von Mitgliedern der Bezirksvertretung in Augenschein genommen worden sei und die Zustände so nicht hinnehmbar wären. Sie beabsichtige mit einem entsprechenden Antrag der CDU-Fraktion zu reagieren.

Zu Punkt 5

Anträge

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Zu Punkt 5.1

Erhalt des Tierbestandes der Mufflon-Herde im Stadtbezirk Dornberg

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1676/2009-2014

Herr Berenbrinker verliest den Antrag der BfB-Fraktion vom 20.10.2010:

Beschlussvorschlag:

Die Bezirksvertretung Dornberg spricht sich nachdrücklich gegen den Totalabschuss der Dornberger Mufflon-Herde aus. Sie unterstützt den Wunsch der Kreisjägerschaft, des Heimatvereins Dornberg und des städtischen Umweltamtes, den unbestritten genetisch wertvollen Tierbestand in dem Revier zu erhalten.

Herr Berenbrinker erteilt den geladenen Gästen das Wort und gibt jeweils die Gelegenheit zur Abgabe einer sachlichen Stellungnahme.

Herr Kley, untere Jagdbehörde, erläutert die Rechtslage und führt aus, dass bestimmte Wildarten – so auch das Muffelwild – nur in sogenannten Bewirtschaftungsbezirken gehegt werden dürften. Im Jahre 2007 habe die August Klasing'sche Familienstiftung, Eigentümerin eines der beteiligten Jagdbezirke, den Antrag gestellt, den Bielefelder Bewirtschaftungsbezirk für Muffelwild aufzuheben. Dies sei mit umfangreichen Schäden durch Schälen, Rammen und Verbeißen der Forstpflanzen begründet worden.

Die Aufhebung des Bewirtschaftungsbezirkes werde derzeit geprüft und die Konsequenz der Aufhebung sei lediglich, dass der Bestand der Mufflons aus diesem Bezirk entfernt werden müsste. Sofern keine andere Lösung für den Verbleib der Mufflons gefunden würde, müsse die Stadt Bielefeld den Totalabschuss der Mufflon-Herde durchsetzen.

Herr Wülfing erläutert die Zuständigkeit des Regionalforstamtes. Neben der hoheitlichen Zuständigkeit bestünde für den Klasing'schen Privatwald ebenfalls eine vertraglich begründete Zuständigkeit. Die Schäden der Mufflon-Herde im Bereich des Waldes der Klasing'schen Familienstiftung seien sehr dramatisch. Bei einem Ortstermin im März 2010 mit Vertretern des Ministeriums, des Landesforstbetriebes, der Forschungsstelle für Jagdkunde und Wildschadenverhütung und der Eigentümer bzw. Vertreter der betroffenen Jagdbezirke hätten die Teilnehmer der Begehung eindeutig elementare Schäden festgestellt. Bei dem betroffenen Gebiet handele es sich um ein Forschungs- und Naturschutzgebiet und dies begründe einen besonderen Schutz. Weiterhin sei auch die Frage der Kosten, welche durch die Verhütung bzw. Behebung der Schäden entstünden, an keiner Stelle thematisiert oder geklärt worden. Der Totalabschuss der Mufflon-Herde sei zu keiner Zeit gefordert worden, die derzeitige Situation sei für das Naturschutzgebiet jedoch unhaltbar und eine Änderung müsse eintreten.

Herr Brekenkamp vom Tierpark Olderdissen führt aus, dass die verursachten Schäden nicht so elementar seien, dass der Wald dies nicht tragen könne. Bei der Besichtigung der zwei Stellen im März 2010 läge ohne Frage eine extreme Schädigung durch Schälungen. Muffelwild sei ein Raufutterverwerter und dies wäre in dem Bereich in nicht ausreichendem Maße vorhanden. Daher habe er gemeinsam mit dem Kreisjagdbezirksleiter und dem Leiter der Forschungsstelle für Jagdkunde und Wildschadenverhütung nach Lösungsmöglichkeiten gesucht und vorgeschlagen, die nächsten zwei Jahre Raufutter auszulegen und diesen Prozess wissenschaftlich zu begleiten. Sollte dann festzustellen sein, dass eine Schadensregulierung durch diese Maßnahmen nicht erfolge, würde er die Entfernung der Mufflon-Herde aus dem Bewirtschaftungsbezirk unterstützen.

Herr Klasing von der Klasing'schen Familienstiftung führt aus, dass die Mufflons 1962 von Jägern als eine weitere bejagbare Wildart in diesem Gebiet eingesetzt worden seien. Die durch diese Tiere entstehenden Schäden würden leider nicht wirklich gesehen und der Schutz der Pflanzen an dieser Stelle vergessen. Die Klasing'sche Familienstiftung setze sich sehr stark für den Schutz und die Erhaltung auch alter und seltener Pflanzenarten ein. Der Erhalt eines Waldes sei ein dynamischer Prozess, bei dem geschützt, gehegt und aufgeforstet werden müsse. Hierbei wäre eine langfristige Betrachtung notwendig, da eine generationsübergreifende Verantwortung vorläge. Es handele sich zum Einen um ein Naherholungsgebiet, zum Anderen um einen Lieferanten wichtiger Rohstoffe. In mehreren Gutachten seien bei stichprobenartigen Prüfungen in verschiedenen Arealen Schädigungen von bis zu 25 % festgestellt worden.

Es habe sich herausgestellt, dass ca. 30 Hektar Wald massiv durch Gatter oder Einzelstammsschutz vor dem Muffelwild geschützt werden müssten. Die hierbei entstehenden Kosten von 90.000 € bzw. 55.000 € seien nicht tragbar.

Die Möglichkeit der Zufütterung stelle keine erfolgversprechende Alternative dar und zudem erscheine ein Zeitraum von zwei Jahren als nicht ausreichend. Es sei weiterhin unsicher, ob die Schäden dadurch überhaupt zu reduzieren seien. Man habe sich Gedanken über den Verbleib der Mufflon-Herde gemacht und sehe die Umsiedelung in die Senne als eine gute Möglichkeit an, den Tieren wie auch dem Wald gerecht zu werden.

Frau Hempelmann führt aus, dass sich die BfB-Fraktion gegen den Abschuss der Mufflon-Herde ausspreche, da sie sich seit 48 Jahren mit einem konstanten Bestand von 13 – 15 Tieren im Revier befände und der Erhalt schützenswert sei. Das Revier sei ca. 550 Hektar groß und davon befänden sich lediglich 84 Hektar im Eigentum der Klasing'schen Familienstiftung. Die Schäl- und Rammschäden, so Herr Förster Öhle, seien immer in einem bestimmten Areal und beträfen nicht den gesamten Bereich. Die anderen Waldeigentümer und Jagdberechtigten würden die Schäden bestätigen, jedoch auch ausdrücklich erklären, dass diese wirtschaftlich nicht relevant seien. Es sei weiterhin in den vorliegenden, bislang nie veröffentlichten Gutachten der Schutz und die Interessen des Waldes unverhältnismäßig vor den Schutz des Tierbestandes gestellt worden. Da die derzeitigen Argumente für die Entfernung der Mufflon-Herde nicht nachvollziehbar seien, würde ein neutrales Gutachten gefordert um unvoreingenommen die gegenseitigen Interessen betrachten und abwägen zu können,.

Herr John erklärt, die Mufflons seien Ortsbildprägend und gehörten zu Dornberg. Er könne die Sorge der Klasing'schen Familienstiftung verstehen, jedoch frage er sich, seit wann diese massiven Schädigungen bekannt seien. Der Bestand lebe schließlich seit 1962 in dem Revier und es sei erstaunlich, warum erst jetzt Politik und Verwaltung über diese Schäden informiert worden seien, wenn insgesamt bereits 25 % des Waldes geschädigt seien. Er wolle wissen, wie sich die Besitzverhältnisse darstellen, da die Klasing'sche Familienstiftung die Einzigen wären, die von wirtschaftlich unhaltbaren Verhältnissen sprächen.

Herr Brekenkamp führt aus, die vorhandenen Gutachten seien nicht bekannt und möchte wissen, wie mit solchen Gutachten umzugehen sei. Wenn 1994 schon Hinweise auf die Schädigungen erfolgt wären, hätte man bereits reagieren können. Die Schäden müsse gemeinsam mit der Forschungsstelle langfristig betrachtet werden. Im städtischen Wald lägen auch Schäden vor, jedoch könne hier nicht von wirtschaftlich eklatanten Schäden gesprochen werden. Subjektiv betrachtet könne man schon von einer 80%igen Schädigung sprechen, wenn von den Mufflons 18 von 20 Buchensämlinge abgefressen würden. Objektiv betrachtet seien die verbleibenden zwei Sämlinge für die Begrünung des Waldes jedoch mehr als ausreichend.

Herr Klasing erläutert hinsichtlich der Frage des Bestehens der Schäden, dass bereits 1970 Schäden verursacht worden seien, so dass der Bestand der damaligen Mufflons auf die Hälfte reduziert worden sei. Das erste Gutachten von 1995 habe das gesamte Areal stichprobenartig untersucht und hierbei seien unterschiedliche – von geringen bis massiven – Schädigungen festgestellt worden. Dieses Gutachten habe er im Jahr

2005 Herrn Brekenkamp auch zur Verfügung gestellt. Die Angabe von 25 % Schädigungen beziehe sich nicht auf den gesamten Wald, sondern auf die untersuchten Bereiche – hiervon seien 25 % geschädigt. Hinsichtlich des Gutachtens von 2005 befände er sich in einer prekären Lage, da dies Gutachten im Rahmen einer Bachelorarbeit erstellt worden sei und der Eigentümer dies nicht für die Öffentlichkeit freigebe.

Herr Fermann erklärt, dass für ihn die vorgebrachten Gründe für den Abschuss der Mufflon-Herde nicht nachzuvollziehen seien und er sich gegen die Entfernung der Mufflons ausspreche. Ferner wirft er Frage auf, ob die Mufflon-Herde eventuellen Bauplanungen der Klasing'schen Familienstiftung im Wege stünde.

Frau Selle führt aus, dass sich die Mitglieder der Bezirksvertretung Dornberg zwischen den Fronten der Fachleute befänden. Zwar seien sie durch die vorliegenden Stellungnahmen gut unterrichtet, jedoch könne eine abschließende Entscheidung hinsichtlich der Entfernung der Mufflons aus dem Gebiet nicht wirklich objektiv getroffen werden. Sie wünsche, dass die beteiligten Personen gemeinsam nach einer Lösung suchen.

Herr Kleinesdar erläutert, dass er mit verschiedensten Grundstückseigentümern gesprochen habe und dass hier die einhellige Meinung vorläge, dass Schäden wohl vorhanden, jedoch keineswegs hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit elementar wären. Es solle nach Möglichkeiten für den Erhalt der Mufflons gesucht werden.

Herr John macht hinsichtlich der Bachelorarbeit die Anmerkung, dass ihm bislang nicht bekannt sei, dass Bachelorarbeiten in Gänze nicht zur Verfügung gestellt würden. Sofern Eigentumsinteressen betroffen seien, könnten diese zum Schutz der Personen geschwärzt werden. Die gemachten Aussagen von Herrn Klasing könne er nicht nachvollziehen und akzeptieren.

Herr Klasing äußert sich hinsichtlich der gemachten Aussagen dahingehend, dass die August Klasing'sche Familienstiftung nichts mit Bauvorhaben zu tun habe. Er vermute jedoch, dass es sich um das ehemalige Hofgelände des früheren Forsthofes handele, welches der Johannes Klasing'schen Familienstiftung gehöre. Hierbei handele es sich um landwirtschaftliche Nutzfläche auf der seinerzeit Tannen angepflanzt worden seien und bei denen sich nunmehr aufgrund ihrer Größe die Notwendigkeit der Fällung ergeben haben dürfte. Nach Aussage der Johannes Klasing'schen Familienstiftung bestünde hier kein Zusammenhang mit Bauvorhaben.

Hinsichtlich der Bachelorarbeit aus dem Jahre 2005 habe er vor zwei Wochen nochmals zwecks einer Veröffentlichung nachgefragt und eine negative Antwort erhalten. Hier seien ihm die Hände gebunden.

Bezüglich der Überprüfung der Schäden seien insgesamt 5.511 Bäume untersucht worden, von denen 1.231 Bäume von Schälschäden betroffen seien. Herr Wülfing macht ergänzend noch mal deutlich, dass es nur um die Schäl- und Rammschäden des Muffelwildes gehe. Und bei den Untersuchungen der Schäden durch das Muffelwild sei in dem untersuchten Gebiet eine Schädigung von nahezu 25 % festgestellt worden. Diese Zahl beziehe sich nicht auf den Gesamtbestand des Waldes. Wie sich die

Schädigung auf den Gesamtbestand auswirke, könne nicht beziffert werden.

Herr Berenbrinker verliert den Beschlussvorschlag der BfB-Fraktion und es ergeht folgender

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Dornberg spricht sich nachdrücklich gegen den Totalabschuss der Dornberger Mufflon-Herde aus. Sie unterstützt den Wunsch der Kreisjägerschaft, des Heimatvereins Dornberg und des städtischen Umweltamtes, den unbestritten genetisch wertvollen Tierbestand in dem Revier zu erhalten.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 5.2

Verlängerung der Tempo-30-Zone an der Bushaltestelle "Großer Kamp" auf der Kirchdornberger Straße bis zur Wertherstraße

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1679/2009-2014

Herr Berenbrinker verliert den Beschlussvorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Beschlussvorschlag:

Die Bezirksvertretung Dornberg empfiehlt dem Amt für Verkehr die Tempo-30-Zone an der Bushaltestelle „Großer Kamp“ auf der Kirchdornberger Straße bis zur Wertherstraße zu verlängern.

Herr Haemisch begründet die Notwendigkeit der Verlängerung der Tempo-30-Zone mit dem erheblichen Verkehrsaufkommen und den vielen Besuchern des Reiterhofes und des Bauerngärtchens an der Kirchdornberger Str. 79, bei denen es sich vorwiegend um Kinder handele. Der Sicherheit der Kinder sei Rechnung zu tragen und daher solle dem Antrag auf Verlängerung der Tempo-30-Zone zugestimmt werden.

Herr Graeser weist darauf hin, dass es sich um eine Kreisstraße handele für die zwar eine Empfehlung, jedoch kein Auftrag zur Umsetzung einer Verkehrsberuhigung ausgesprochen werden könne.

Herr Kleinesdar führt aus, dass die bestehende Verkehrsberuhigung aufgrund der Querungshilfe auf Tempo 30 abgesenkt worden sei und es sich nicht um eine originäre Tempo-30-Zone handele.

Frau Selle führt für die SPD-Fraktion aus, dass diese dem Antrag nicht zustimmen werde, da eine Ausweitung der Verkehrsberuhigung womöglich dazu führen würde, dass sich die Verkehrsteilnehmer an der wichtigen Stelle – nämlich an der Querungshilfe – nicht mehr an die Geschwindigkeitsbegrenzung halten würden. Zudem seien im Anfangsbereich der Straße auch keine weiteren Grundstückseinfahrten oder sonstige Gefah-

renquellen, welche die Notwendigkeit begründen würden.

Herr Furch begrüßt grundsätzlich Tempo-30-Zonen zur Sicherheit für Kinder und anderer Verkehrsteilnehmer, appelliert jedoch in dieser Angelegenheit an die Eltern, welche ihre Kinder dort aussteigen ließen, selbst auf die Verkehrssicherheit zu achten. Eine Ausweitung der Verkehrsberuhigung würde zudem zu einer Verlagerung des Verkehrs führen, welcher dann an anderer Stelle zu Problemen führen könne. Hier solle eher die Verbesserung der Haltemöglichkeiten an dem Reiterhof und Bauerngärtchen geprüft werden.

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, dem Amt für Verkehr zu empfehlen, die Tempo-30-Zone an der Bushaltestelle „Großer Kamp“ auf der Kirchdornberger Straße bis zur Wertherstraße zu verlängern wird sodann mehrheitlich abgelehnt.

- mit Mehrheit bei einigen Enthaltungen abgelehnt -
4 Ja Stimmen
7 Nein Stimmen
4 Enthaltungen

-.-.-

Zu Punkt 5.3

Erneuerung der Markierungen am Kreisverkehr Wertherstraße und Aufstellung zusätzlicher Beschilderungen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1682/2009-2014

Herr Berenbrinker verliest den Antrag der CDU-Fraktion.

Beschlussvorschlag:

Die Bezirksvertretung Dornberg bittet die Verwaltung, die am Kreisverkehr an der Wertherstraße start abgefahrenen Markierungen der Zebrastrifen zu erneuern und zusätzliche Beschilderungen aufzustellen.

Frau Brinkmann ergänzt diesen um den Zusatz „Aufstellen von Schildern Zebrastrifen“, da in der Dunkelheit das Vorhandensein eines solchen nicht zu erkennen sei.

Frau Hempelmann unterstützt den Antrag und das Aufstellen zusätzlicher Schilder, da die Verkehrssituation dort annähernd lebensgefährlich sei.

Herr Steinkühler unterstützt die Erneuerung der abgefahrenen Markierungen, spricht sich jedoch gegen das Aufstellen weiterer Schildern aus, da hierdurch der eh schon begrenzte und enge Bereich noch unübersichtlicher würde.

Frau Viehmeister macht darauf aufmerksam, dass sich die Verkehrsteilnehmer erst noch an die Nutzung eines Kreisverkehrs gewöhnen müssten und sehe eher das Problem darin, dass der Hügel in der Dunkelheit nicht erkannt werde und vereinzelt Verkehrsteilnehmer auf den Hügel

führen. Hier bestünde Handlungsbedarf.

Frau Selle verweist darauf, dass das Amt für Verkehr die Angelegenheit prüfen werde, sofern ein positiver Beschluss der Bezirksvertretung vorliege und sodann auch die Details hinsichtlich der Art und des Umfanges der Schilder geprüft würden.

Daher ergeht von den Mitgliedern der Bezirksvertretung folgender

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Dornberg bittet die Verwaltung, die am Kreisverkehr an der Wertherstraße stark abgefahrenen Markierungen der Zebrastreifen zu erneuern und zusätzliche Beschilderungen aufzustellen.

- bei einigen Enthaltungen einstimmig beschlossen -

- mit Mehrheit bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-:-:-

Zu Punkt 6

Beschneidung des Straßenbegleitgrüns im Stadtbezirk Dornberg

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1729/2009-2014

Herr Berenbrinker verliest und erläutert den Antrag der Arbeitsgruppe für Stadtteilentwicklung. In vielen Bereichen des Stadtbezirkes bestünden große Probleme mit der Beleuchtung aufgrund des Wuchses des Straßenbegleitgrünes. Die Mitglieder der Bezirksvertretung seien sich einig, dass sich die Problematik auf den ganzen Stadtbezirk beziehe, im Einzelnen werde jedoch die Wertherstraße, der Zehlendorfer Damm, die Dornberger Straße sowie die Wendeschleife der Linie 4 angeführt.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Dornberg bittet den Umweltbetrieb in Zusammenarbeit mit dem Landesbetrieb Straßen NRW das Straßenbegleitgrün im Stadtbezirk Dornberg zu überprüfen und - wo erforderlich - einen Rückschnitt vorzunehmen, so dass eine optimale Ausleuchtung der Straßen, Geh- und Radwege erfolgt.

- einstimmig beschlossen -

- einstimmig beschlossen -

-:-:-

Zu Punkt 7

7. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung vom 05.08.2004

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1584/2009-2014

Frau Stude stellt die Änderungen zur Hauptsatzung vor und führt aus, dass Anlass für die Änderungen eine Novellierung der Gemeindeordnung aus 2007 gewesen sei. Die Verzögerung sei durch den Wunsch, die Änderungen in der neuen Wahlperiode durchzuführen, begründet. Die vorliegenden Änderungen seien von der Arbeitsgruppe, welche aus Mitgliedern des Rechtsamtes sowie jeweils eines Vertreters der Fraktionen und Gruppen des Rates besteht, erarbeitet worden.

Weiterhin macht Frau Stude darauf aufmerksam, dass der Seniorenrat die Änderungen zur Hauptsatzung ablehne, da er seine Daseinsberechtigung nicht durch andere gesetzliche Grundlagen gefestigt sehe und daher wünsche, dass die Bildung des Seniorenrates in der Hauptsatzung aufgeführt bleibe. Frau Stude führt aus, dass die Beiräte durch die Satzungen gesichert seien und diese nur durch einen Ratsbeschluss zu ändern wären. Die Sorge des Seniorenrates sei nachvollziehbar, jedoch nicht begründet.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Dornberg empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld die 7. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung vom 05.08.2004 zu

- 1. Artikel 1, Ziffern 1 bis 9**
- 2. Artikel 1, Ziffer 10**
- 3. Artikel 1, Ziffern 11 bis 26
sowie
Artikel 2**

laut Anlage 1 zur Vorlage zu beschließen.

- einstimmig beschlossen -

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8

Neufassung der Geschäftsordnung des Rates

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1603/2009-2014

Frau Stude stellt die Änderungen der Geschäftsordnung des Rates vor. Hinsichtlich der papierarmen Gremiumarbeit sei der Weg durch die Neufassung bereitet und in der Arbeitsgruppe würde derzeit die genaue Umsetzung erarbeitet. In jedem Fall könne bei der Umsetzung selbst entschieden werden ob zukünftig die Unterlagen in elektronischer Form oder weiterhin in Papierform zur Verfügung gestellt werden sollen.

Herr Steinkühler weist auf § 21, Buchstabe i, hin. Demnach sei es zukünftig nicht mehr möglich, dass Fraktionen oder Einzelvertreter/-innen in der Bezirksvertretung politische Stellungnahmen zu Antworten von Einwohnerfragen abgäben. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen könne sich mit dem generellen Ausschluss dieser Möglichkeit nicht einverstanden erklären.

Frau Stude erläutert hierzu, dass die Mehrheit der Arbeitsgruppe der Meinung gewesen sei, dass in den Einwohnerfragestunden keine Möglichkeit zu politischen Stellungnahmen bestehen solle.

Nach Aussprache einigen sich die Mitglieder der Bezirksvertretung der Neufassung der Geschäftsordnung des Rates zuzustimmen und eine Änderung hinsichtlich der Formulierung des § 21, Abs. 5, Buchstabe i, letzter Satz, zu empfehlen. Hier soll folgende Formulierung im Einzelfall den Fraktionen und Gruppen die Möglichkeit zu einer Stellungnahme geben:

Stellungnahmen von Fraktionen oder Einzelvertreter/-innen in der Bezirksvertreterversammlung sind **in der Regel** nicht vorgesehen.

Frau Hempelmann erkundigt sich, ob nach der Änderung der Geschäftsordnung nun die Möglichkeit gegeben sei, dass Anträge von Einzelpersonen oder kleinen Gruppen auf die Tagesordnung zu nehmen seien. Frau Stude führt hierzu aus, dass in dieser Angelegenheit keine Änderung der Geschäftsordnung vorgenommen wurde und die gesetzlichen Regelungen weiterhin bestünden.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Dornberg empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld die Neufassung der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Bielefeld (GeschORat) zu

1. § 1
2. § 2 Abs. 1
3. § 2 Abs. 2 bis § 4 Abs. 3
4. § 4 Abs. 4
5. § 4 Abs. 5 bis § 14 Abs. 3
6. § 14 Abs. 4
7. § 14 Abs. 5 bis § 17 Abs. 2
8. § 17 Abs. 3
9. § 17 Abs. 4
10. § 17 Abs. 5 bis § 21 Abs. 5 Buchstabe h)
11. § 21 Abs. 5 Buchstabe i) hier ist der Satz *„Stellungnahmen von Fraktionen oder Einzelvertreter/-innen in der Bezirksvertretung sind **in der Regel** nicht vorgesehen“* zu ändern.
12. § 21 Abs. 5 Buchstabe j) bis § 28

laut Anlage 1 der Vorlage zu beschließen.

- einstimmig beschlossen -

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 9

Neufassung der Richtlinien für die Durchführung von Einwohner- **versammlungen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1606/2009-2014

Frau Stude führt aus, dass die Änderungen sich lediglich auf die Zuständigkeiten beziehen würden und inhaltlich keine Änderungen vorgenommen worden seien.

Die Mitglieder der Bezirksvertretung fassen ohne weitere Aussprache folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Dornberg empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld die Richtlinien für die Durchführung von Einwohnerversammlungen laut Anlage 1 zur Vorlage zu beschließen.

- einstimmig beschlossen -

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 10

Kulturprogramm 2011

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Herr Berenbrinker stellt das in der Arbeitsgruppe Schule/Kultur zusammen mit dem Kulturamt erarbeitete Kulturprogramm 2011 für den Stadtbezirk Dornberg vor.

Frau Brinkmann verweist darauf, dass die Lesung in der Stadtteilbibliothek nicht gut angenommen worden sei und wirft die Frage auf, ob sich die Investition einer weiteren Lesung lohne, da die Schulen immer großen Zuspruch erhielten. Herr Berenbrinker erläutert darauf, dass die Durchführung einer weiteren Lesung kostentechnisch nicht ins Gewicht fallen könne, da die Fixkosten gleich blieben. Es stelle jedoch zudem auch eine Möglichkeit der Werbung und Unterstützung für die Stadtteilbibliothek dar und biete darüber hinaus auch Schülerinnen und Schüler der aktuell nicht teilnehmenden Schulen die Möglichkeit an der Lesung teilzunehmen. Sollte sich dies Konzept nicht bewähren, so müsse natürlich für 2012 neu überlegt werden.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Dornberg beschließt folgendes

Kulturprogramm für den Stadtbezirk Dornberg 2011

Anfang April	Ausstellung 1: Schülerarbeiten der Dornberger Grundschulen plus Leineweberschule (Förderung) im Bürgerzentrum.
Anfang Juli 2011	„Tag der Integration“,
Sept. 2011	Lesung für Kinder: 2 x (Grundschulen Babenhäusen und Dornberg) plus weitere Lesung in der Stadtteilbibliothek.
13./14. Okt. – Mitte Nov	Ausstellung 2: „Juden und Christen in Westfalen“
Dezember 2011	Figurentheater zur Vorweihnachtszeit, Kammerpuppenspiele Bielefeld.
Weiteres:	Förderungen <ul style="list-style-type: none">• Förderverein Kirchenmusik in Heilig Geist Bielefeld e. V.• Förderverein für Musik in der Peterskirche• 6 Grundschulen im Stadtbezirk

- einstimmig beschlossen -

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 11

Ferienspiele 2010

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Herr Berenbrinker teilt mit, dass die Ferienspiele in diesem Jahr nicht so gut besucht worden seien. Das Sportamt ermittle derzeit die Gründe hierfür und beabsichtige Maßnahmen zur Steigerung der Teilnehmerzahl im nächsten Jahr zu ergreifen. Weiterhin sei in der Vereinsvertreterversammlung der Hinweis gegeben worden, dass alle Termine der Ferienbetreuung der Schulen im Stadtbezirk in den Veranstaltungskalender aufgenommen werden sollten. Aufgrund einer Nachfrage bei den offenen Ganztagschulen (OGS) stellte sich heraus, dass der Umfang der Ferienangebote der OGS relativ schlecht zu ermitteln sei. Zum Einen stünden die Angebote derzeit noch nicht fest und zum Anderen würden die Plätze der Ferienbetreuung in den einzelnen Schulen immer von den „eigenen“ Kindern belegt. Kinder von anderen Schulen würden somit bei den Angeboten keine Berücksichtigung finden.

In diesem Zusammenhang habe sich Frau Steinborn zur Ermittlung des Sachverhaltes der Ferienbetreuung der OGS mit dem Büro von des Dezernenten Dr. Witthaus in Verbindung gesetzt und von dort den Hinweis erhalten, dass es Anfang des Jahres eine Erhebung der Betreuungsangebote der gesamten Bielefelder Schulen geben werde. Hier würden die Dornberger Schulen mit dem offenen Ganztagsangebot eingeschlossen.

Er bittet darum, die Thematik der Ferienspiele bis in den Januar 2011 – nach Bekanntgabe der Ergebnisse der Erhebung abzuwarten.

Frau Brinkmann begrüßt das Aufgreifen der Thematik durch das Schulamt und verweist darauf, dass die Bereitstellung einer Ferienbetreuung durch das Sportamt finanzielle Mittel binde, auf deren sinnvolle Verwendung geachtet werden müsse.

Kenntnisnahme

Zu Punkt 12

Sondermittel 2010

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Herr Berenbrinker führt aus, dass aus den Sondermitteln der Bezirksvertretung Dornberg wie in den vergangenen Jahren bislang folgende Beträge verplant worden seien:

Mobile Toilette am Grillplatz Hasbachtal	400,00 €
Veranstaltungskalender 2011	600,00 €
Ferienspiele 2010	<u>500,00 €</u>
Gesamtbetrag	1.500,00 €

Insgesamt stünden somit noch 4.365,00 € zur Vergabe zur Verfügung.

Frau Brinkmann teilt mit, dass es zur Verwendung der verbleibenden Sondermittel folgende Vorschläge gegeben habe:

2 Bänke für den Heimatverein	900,00 €
Förderung der Stadtteilbibliothek	500,00 €
Anschaffung einer Wippe „Albatros“ für den Spielplatz Brunsiek	2.300,00 €
Förderung Restaurierung Kirchenfenster Peterskirche	665,00 €

Ohne weitere Vorschläge und Anmerkungen treffen die Mitglieder der Bezirksvertretung folgenden

Beschluss:

Aus den Sondermitteln der Bezirksvertretung Dornberg sind folgende Zahlungen zu leisten:

Mobile Toilette am Grillplatz Hasbachtal
400,00 €
Veranstaltungskalender Stadtbezirk Dornberg
600,00 €
Zuschuss zu den Ferienspielen
500,00 €
2 Bänke für den Heimatverein
900,00 €
Zuschuss für die Stadtteilbibliothek
500,00 €
Wippe für den Spielplatz Brunsiek
2.300,00 €
**Zuschuss für die Restaurierung des Kirchenfensters der
Peterskirche Kirhdornberg**
665,00 €

- einstimmig beschlossen -

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 13

Durchführung eines Tages der Integration im Stadtbezirk Dornberg

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Herr Berenbrinker berichtet von den Ergebnissen des Arbeitskreises Schule/Kultur und stellt den in der Arbeitsgruppe erarbeiteten Vorschlag zur Durchführung eines Tages der Integration in Dornberg vor. So solle vor den Sommerferien 2011 im Bürgerzentrum Amt Dornberg im Rahmen einer Nachmittagsveranstaltung ein Tag der Integration mit einem themenbezogenen Kulturprogramm durchgeführt werden.

Weiterhin sei in der Arbeitsgruppe angeregt worden, die Fördermöglichkeiten für diese Veranstaltung zu prüfen. Frau Steinborn führt hierzu aus, dass eine Nachfrage beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Regionalstelle Bielefeld, Herr Erdmeier, ergeben habe, dass nach der Förderrichtlinie für 2011 die Förderung von Kleinprojekten nicht mehr durchgeführt werde und er jedoch die Möglichkeit sehe, aus Mitteln der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge einen Zuschuss zu gewähren, sofern das Bundesamt auf dieser Veranstaltung die Möglichkeit zur Präsentation und Öffentlichkeitsarbeit habe. Zur Beantragung des Zuschusses sei eine Planungsunterlage vorzulegen, eine Förderzusage könne frühestens Anfang nächsten Jahres erfolgen.

Herr Fermann machte darauf aufmerksam, dass hinsichtlich einer weitergehenden Förderung auch beim Integrationsministerium nachgefragt werden solle. Herr Berenbrinker sagte die Überprüfung der Möglichkeiten durch die Verwaltung zu.

Herr Sensenschmidt führt aus, dass das Thema Integration auch den

Bereich der Integration von Behinderten beinhalte. Er stellte die Frage ob dieser Bereich bei einem Tag der Integration Berücksichtigung fände.

Herr Berenbrinker erläuterte dazu, dass in der Arbeitsgruppe zunächst die grundsätzliche Durchführung und der mögliche Rahmen besprochen und beschlossen worden sei. Nach Beschluss durch die Bezirksvertretung würden dann in einem nächsten Schritt in der Arbeitsgruppe die Inhalte definiert. Hier solle es Anfang des Jahres in Zusammenarbeit mit dem Amt für Integration und weiterer Beteiligten und Interessierten eine nächste Arbeitsgruppensitzung geben.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Dornberg beschließt, dass vor den Sommerferien 2011 im Stadtbezirk Dornberg ein Tag der Integration durchgeführt wird. Im Rahmen einer Nachmittagsveranstaltung soll es im Bürgerzentrum Dornberg ein themenbezogenes Kulturprogramm geben.

- einstimmig beschlossen -

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 14

Verlängerung des Geh- und Radweges an der Deppendorfer Straße bis zur Beckendorfer Straße

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Herr Berenbrinker führt aus, dass aus März 2010 ein Bürgerantrag zur Verlängerung des Geh- und Radweges von der Deppendorfer Straße bis zur Beckendorferstraße des Initiativkreis Deppendorf-Schröttinghausen vorliege. Dieser Bürgerantrag sei in der Sitzung des Arbeitskreises Stadtteilentwicklung am 07.10.2010 besprochen worden. Die angeforderte Stellungnahme des Amtes für Verkehr beinhalte den kompletten Aus- und Umbau der Deppendorfer Straße, welche von der Art her die Verbesserung der Möglichkeiten für Fußgänger und Radfahrer einschließe. Herr Hovermann vom Amt für Verkehr werde die Maßnahme in der heutigen Sitzung vorstellen.

Herr Hovermann führt aus, dass seitens des Amtes für Verkehr die Verkehrssicherheit auf der Deppendorfer Straße zwischen Schloßstraße und Beckendorferstraße dauerhaft nicht mehr gewährleistet werden könne. Das Problem sei hier der schlechte Straßenzustand und die Straßenentwässerung. Es sei daher geplant, den Abschnitt möglichst im nächsten Jahr vorbehaltlich der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel auszubauen. Problematisch sei hierbei, dass die Kosten in Gänze von der Stadt Bielefeld getragen werden müssten, da weder Fördermittel eingeworben noch KAG-Beiträge erhoben werden könnten. Da die Bezirksvertretung Dornberg in der Vergangenheit schon den Wunsch nach einer befestigten Fläche für Fußgänger und Radfahrer geäußert habe, bestünden derzeit Überlegungen, den Querschnitt der Deppendorfer Straße neu zu gestalten.

ten.

Anhand von Plänen erläutert Herr Hovermann, dass die Fahrbahn eine Breite von 5,50 m erhalte. Daneben entstehe ein 1,50 m breiter Sonderweg für Fußgänger und Radfahrer, welcher im Bedarfsfall bei einer Begegnung zweier Busse oder LKW überfahren werden könne. Ein solcher Querschnitt sei bereits im Quellenhofweg in Gadderbaum realisiert worden. Durch diesen Umbau würde keine überbreite Fahrbahn entstehen, welche sicherlich zu höheren Geschwindigkeiten führen würde. Eine Änderung der Trasse sowie ein separater Radweg komme wegen der doch eher geringen Verkehrsbelastung, der Platzverhältnisse und der bestehenden Haushaltslage der Stadt Bielefeld nicht in Betracht.

Die Einrichtung von Ausweichbuchten sei im zur Verfügung stehenden Straßenraum nicht möglich, so dass ein zusätzlicher Grunderwerb notwendig wäre. Weiterhin sei aus Sicht des Amtes für Verkehr die Anlage von Ausweichbuchten nicht erforderlich, da die Streckenführung zum großen Teil nicht einsehbar sei.

Die Entwässerung in dem Bereich solle auch verbessert werden und es bestünden derzeit Planungen einer geschlossenen Entwässerung. Dies bedeute, dass eine Einleitung in den Mischwasserkanal erfolge. Im weiteren Verlauf solle eine Mulde eingebaut werden, in der Rohre das Wasser ableiten würden.

Frau Selle erkundigt sich nach dem Zeitplan und Herr Hovermann erläutert hierzu, dass der Zeitplan von den Planungen zur der Regenentwässerung abhinge, da hier ein Grunderwerb vorgenommen werden müsse. Dies würde jedoch nicht als problematisch betrachtet, so dass eine Umsetzung der Maßnahme für 2011 realistisch sei.

Herr Giesselmann erkundigt sich nach der Ausgestaltung des Kurvenbereiches an der Abzweigung Schloßstraße. Herr Hovermann führt hierzu aus, dass der Sonderweg an der Bebauungsseite geplant sei damit ein Abstand zu der Wohnbebauung entstünde. Weiterhin sei geplant es an dieser Stelle die Straße breiter als 5,50 m zu gestalten.

Zum weiteren Ablauf kündigt Herr Hovermann für Januar 2011 eine Beschlussvorlage der Verwaltung für die Bezirksvertretung Dornberg an. Anschließend erfolge eine Beteiligung im Stadtentwicklungsausschuss.

Die Bezirksvertretung Dornberg nimmt Kenntnis.

vertagt

-.-.-

Zu Punkt 15

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Frau Steinborn macht folgende Mitteilungen:

Baumaßnahmen 2010, bzw. 2011 des Immobilienservicebetriebes

Die Kanalbaumaßnahme 1022 – Voßheide/Babenhauser Straße sei zwar abgeschlossen, aufgrund einer über mehrere Jahre laufenden Finanzierung müsse sie jedoch noch im Finanzplan 2011 aufgeführt werden.

Hecke Spandauer Allee

Hinsichtlich der Hecke an dem Verbindungsweg Spandauer Alle und Großdornberger Straße habe eine Überprüfung vom Immobilienservicebetrieb ergeben, dass aus fachlicher sowie auch verkehrstechnischer Sicht keine Notwendigkeit gesehen werde gegen den Eigentümer der Hecke eine offizielle Aufforderung zum Beschnitt der Hecke auszusprechen.

Herr Kleinesdar führt hierzu aus, dass die Hecke über den Grenzstein des Grundstückes in den öffentlichen Raum wachse. Hier solle eine erneute Überprüfung erfolgen.

Einrichtung eines Fußgängerüberwegs an der Dornberger Straße Höhe Einmündung Schäferdreesch/Sparkasse

Da eine Mittelinsel an der Dornberger Straße Höhe Sparkasse in Hoberge-Uerentrup wegen der derzeitigen Haushaltslage in absehbarer Zeit nicht realisiert werden könne, habe es den Prüfauftrag zur Anlage eines Zebrastreifens an die Straßenverkehrsbehörde gegeben.

Die Querungsstelle sei vom Amt für Verkehr an verschiedenen Tagen zu unterschiedlichen Zeiten überprüft worden. Hierbei erfolgten auch Verkehrszählungen, welche zusammen mit den polizeilichen Unfalldaten aus den Jahren 2007 bis 2010 ausgewertet worden seien. Im Rahmen des nach der StVO vorgeschriebenen Anhörungsverfahrens seien Abstimmungen mit der Polizei und dem Straßenbaulastträger erfolgt, in deren Ergebnis übereinstimmend keine zwingende verkehrliche Notwendigkeit zur Errichtung eines Fußgängerüberweg (FGÜ) an der genannten Stelle gesehen werde.

Nach Rücksprache mit dem Bezirksdienst der Polizei in Dornberg gäbe es keine Zeiten mit besonders hohem Querungsbedarf, da sich die Fußgängerquerungen über den ganzen Tag verteilen. Es seien deshalb an zwei Terminen (vor- und nachmittags) der Verkehr beobachtet und dabei folgende Verkehrszahlen ermittelt worden:

Fr. 02.07.10, 10.05 – 11.35 Uhr

Zeit	Kfz beide Fahrtrichtungen	Fußgänger
10.05 – 10.15	73	5
10.15 – 10.25	78	6
10.25 – 10.35	94	3
10.35 – 10.45	87	10
10.45 – 10.55	99	12
10.55 – 11.05	81	2

Gesamt 1 Std.	512	38
11.05 – 11.15	96	6
11.15 – 11.25	76	3
11.25 – 11.35	107	5

Di. 21.09.10, 15.00 – 16.05

Zeit	Kfz beide Fahrtrichtungen	Fußgänger
15.00 – 15.10	99	1
15.10 – 15.20	84	2
15.20 – 15.30	89	5
15.30 – 15.40	110	2
15.40 – 15.50	99	4
15.50 – 16.00	118	1
Gesamt 1 Std.	599	15
16.00 - 16.05	62	2

Hieraus ergäben sich Stundenwerte für den Kraftverkehr von 512 bzw. 599 und ein Fußgängerquerungsaufkommen von 38 bzw. 15 Fg/h.

Immer wieder würden, auch ohne Wartezeiten, Lücken auftreten, in denen die ca. 6 m breite Straße problemlos und sicher überquert werden könne. Die Sichtverhältnisse in Richtung stadtauswärts seien gut und in Richtung stadteinwärts leicht kurvig, aber dennoch ausreichend. Im Einmündungsbereich parkten keine Fahrzeuge, die die Sicht für querende Fußgänger behindern würden. Weiterhin habe die Auswertung der polizeilichen Unfalldaten der Jahre 2007 – 2010 (Stand: 31.07.10) ergeben, dass sich im Bereich der Querung keine Unfälle ereignet hätten.

Die nach den Richtlinien für die Anlage und Ausstattung von FGÜ vorgegebenen Fußgängerquerungen von mindestens 50 in der Spitzenstunde seien nicht erreicht worden. Zwar könne auch unabhängig von den vorgegebenen Einsatzgrenzen ein FGÜ eingerichtet werden um einzelnen Fußgängern eine sichere Querung zu ermöglichen, da dies an der Dornberger Straße wegen der Lücken im Verkehrsfluss und der sonstigen örtlichen Verhältnisse auch ohne FGÜ gegeben ist, fehle es an der zwingenden verkehrlichen Notwendigkeit.

Herr Steinkühler macht darauf aufmerksam, dass die Zeiten der Verkehrsüberwachung nicht mit den tatsächlichen Stoß – und Bedarfszeiten übereinstimmen. Gerade die Schulkinder würden von der Problematik betroffen und zu den entsprechenden Zeiten sei keine Überprüfung vorgenommen worden. Hier solle noch mal zum Schutz der jüngeren Kinder das Verkehrsaufkommen zu den Spitzenzeiten überprüft werden.

Eichenbestand Hof Kemmer

Das Umweltamt teilt mit, dass sich der feldgehölzartige Bestand planungsrechtlich in einem Geltungsbereich des Landschaftsplanes Bielefeld-West befände und vornehmlich aus Eichen mit einem in Brusthöhe gemessenen Stammumfang von max. 2 m bestünde. Sofern man die aktuellen Bewertungskriterien der Naturdenkmalverordnung aus dem Jahr 2007 zugrunde lege, erfüllen weder einzelne Bäume noch der ge-

samte Bestand auch nur annähernd die Voraussetzungen zur Festsetzung als Naturdenkmal. Das Umweltamt verweise hinsichtlich der Bewertungskriterien auf die Beschlussvorlage vom 20.07.2005, Drucksachennummer 1291. Insofern seien die Bäume seinerzeit nicht als Naturdenkmal festgesetzt worden. Ihrer Bedeutung für das Orts- und Landschaftsbild sei durch Einbeziehung in das großflächige Landschaftsschutzgebiet „Bielefelder Osning“ Rechnung getragen worden.

Eine ersatzlose Beseitigung der Bäume sei damit unzulässig und sofern die Entnahme einzelner oder mehrerer Bäume beabsichtigt sei, müsse eine Abstimmung mit der unteren Landschaftsbehörde vorgenommen werden. Hierauf sei der Eigentümer des Baumbestandes schriftlich hingewiesen worden.

Die Mitglieder der Bezirksvertretung Dornberg fassen anschließend folgenden

Beschluss:

Familie Kemmer und Herr Förster Öhle sind von der Verwaltung über den Sachverhalt zu informieren.

- einstimmig beschlossen -

Auswirkungen des Winters 2009/2010 auf das Bielefelder Straßennetz

Das Amt für Verkehr teilt mit, dass die Bemerkung zu der Werther Straße, Punkt 74 (Zuschuss 2012) auf einen beantragten Zuschuss für einen geplanten Vollausbau bezogen habe und erklären sollte warum in diesem Abschnitt derzeit nur punktuelle Schlaglochbeseitigung durch den Bauhof erfolge. Der Zuschussantrag sei abzuwarten um sodann eine umfassende Sanierung zu planen.

Zu Punkt

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vor Eintritt in die Tagesordnung des öffentlichen Teils wurde die Nichtöffentlichkeit hergestellt um den Antrag von Herrn Fermann auf Behandlung des TOP 19 – Schulentwicklungsplan für den Stadtbezirk Dornberg – nicht öffentlich zu beraten und zu beschließen.

Herr Berenbrinker führt aus, dass Herr Fermann einen Antrag auf Behandlung des TOP 19 im öffentlichen Teil der Sitzung mit folgendem Inhalt stelle:

Ich beantrage heute eindringlich den Tagesordnungspunkt 19 (nichtöffentlicher Teil) über „Schulentwicklungsplan für den Stadtbezirk Dorn-

berg“ im öffentlichen Teil zu diskutieren.

Da die Ampelkoalition sich bereit erklärt hat, im Dialog mit den Betroffenen eine Lösung zu suchen, wäre es nicht im Interesse der Bezirksvertretung Dornberg, hier über deren Kopf hinaus zu diskutieren und zu entscheiden.

Sollte meinem Antrag nicht stattgegeben werden, werde ich mich im nichtöffentlichen Teil an diesem Tagesordnungspunkt nicht beteiligen.

Herr Berenbrinker erläutert zur Intention der Behandlung im nichtöffentlichen Teil, dass die Mitglieder der Bezirksvertretung sich untereinander abstimmen und gemeinsam beraten sollten, wie mit der Thematik der Schulentwicklung in Dornberg und den angedrohten Schulschließungen weiter umzugehen sei. Hier gehe es primär um die Entscheidung, wie die Bezirksvertretung Dornberg in die weitergehenden Diskussionen und Planungen eingebunden werden könne und wolle. Durch Nichtöffentlichkeit wolle er verhindern, dass Äußerungen und Stellungnahmen zu diesem Thema unter dem Druck von Eltern gemacht würden.

Herr Fermann führt hinsichtlich der Begründung für seinen Antrag aus, dass der Oberbürgermeister und die Fraktionen und Gruppen im Rat in der Zwischenzeit viel mit den betroffenen Eltern gesprochen, viele Informationen erhalten haben und zu einem Dialog mit den Betroffenen bereit sei. Die Thematik liege derzeit sehr im öffentlichen Interesse und er sehe keine nachvollziehbaren Gründe warum die Planung und Abstimmung zu diesem TOP im nichtöffentlichen Teil erfolgen solle.

Frau Selle erklärt, dass in Kürze weitere Beschlüsse des Rates der Stadt Bielefeld anstünden und hier zunächst abzuwarten sei wie diese ausfielen um dann die weitergehende Strategie der Bezirksvertretung Dornberg abzusprechen.

Der Antrag von Herrn Fermann, den TOP 19 – Schulentwicklungsplan für den Stadtbezirk Dornberg – im öffentlichen Teil der Sitzung zu behandeln wird sodann mit großer Mehrheit abgelehnt.

Anschließend wurde die Öffentlichkeit wieder hergestellt und es erfolgte der Eintritt in den öffentlichen Teil der Tagesordnung (Protokollierung ab Seite 2).

Herrn Berenbrinker schlägt vor TOP 20 – Bebauungsplan Puntheide/Hollensiek vorzuziehen und nach TOP 16 – Genehmigung von Niederschriften zu behandeln.

Beschluss

TOP 20 - Bebauungsplan Puntheide/Hollensiek - wird vorgezogen und nach Top 16 – Genehmigung von Niederschriften – behandelt.

- einstimmig beschlossen -

Hermann Berenbrinker
